Kommentiert

Alles möglich

George Bush wollte in Annapolis zeigen, dass er im Nahen Osten kein Bankrotteur ist, sondern erfolgreicher als Carter mit dem israelisch-ägyptischen Separatfrieden von 1977 und Clinton mit dem misslungenen israelisch-palästinensischen Camp-David-Gipfel von 2000. Mahmud Abbas musste in Annapolis den Palästinensern beweisen, dass Konzessionen gegenüber Israel mehr bringen als die Konsequenz eines Arafat und die Konfrontation der Hamas. Ehud Olmert wollte in Annapolis vergessen machen, als einziger Premier Israels mit einem Krieg (Libanon 2006) gescheitert zu sein, und konnte deshalb Mahmud Abbas keinen souveränen Staat, sondern nur eine von Israel abhängige Dependance zugestehen. Die Saudis gingen nach Annapolis, weil sie Bush einen Gefallen schuldeten, Abbas für schwach hielten und Olmert vorführen wollten. Die Syrer waren da, weil Bush sie nicht da haben wollte, sie die Golan-Höhen nicht zu verschenken haben, noch immer mit einem US-Schlag rechnen und sich vielleicht dachten: Wer heute in den gedrehten Strick greift, dem wird der Krieg einst keinen Strick mehr drehen (Aristophanes). Annapolis hatte wahrlich das Zeug zu einer Konferenz, bei der alles und nichts möglich war.

Lutz Herden

Weich gelandet

Mit Nawaz Sharifs weicher Landung auf dem politischen Schachbrett Pakistans tritt das Spiel in eine neue Phase. Vieles hängt nun davon ab, ob die beiden verfeindeten Ex-Premierminister – Benazir Bhutto und Sharif – die nächste Partie gemeinsam spielen. Außer einer Vergangenheit als korrupte »Kleptokraten« haben sie nicht mehr gemein als ihren Gegner. Dem könnten sie mit vereinten Kräften den Garaus machen. Bislang aber spielen Rivalität und Misstrauen zu Musharrafs Gunsten. Und Bhuttos angesagter Wahlboykott dürfte nur eine leere Drohung sein, könnte die Dame doch damit ganz schnell ins Abseits driften.
Spekulationen ranken sich um den Deal von Riad, der das saudische Königshaus so überraschend veranlasste, den goldenen Käfig zu öffnen, in dem es Sharif auf amerikanischen Wunsch gefangen hielt. Offenbar soll der repatriierte Emigrant Pakistans zerstrittene islamische Opposition vereinen – bis weit ins fundamentalistische Lager hinein. Davon würden besonders die Amerikaner profitieren und General Musharraf nicht mehr so dringend brauchen wie im Moment noch.

Ursula Dunckern

Viel riskiert

Als westliche Blätter nach der Festnahme von Ex-Schachweltmeister Kasparow beim *Marsch der Nichteinverstandenen* in Moskau mit dem Titel *Wahlkampf aus dem Gefängnis* aufmachten wie die *FAZ*, als sie mitteilten, ein Polizist habe laut Kasparow geäußert: »Leute wie euch hätten wir früher erschossen«, war ein Maß der Verdunkelung des Russlandbildes erreicht, gegen das Aufklärung zu versagen droht.
Halten wir demgegenüber fest: Wenn Kasparow fünf Tage in Haft geht, weil er die Bannmeile durchbricht, ist damit nicht die Opposition niedergeschlagen, wie behauptet wird, sondern ein Provokateur so behandelt worden, wie er es sich nicht besser wünschen konnte. Und wenn Putin Revanche und Chaos nach den Wahlen fürchtet, ist das begründet, denn Russlands neue Stabilität ist keineswegs gefestigt. Ex-Oligarch Beresowski, der sich rühmt, Kasparaw zu finanzieren, agitiert aus London für den Umsturz; Kasparow seinerseits ist Mitglied des *Security Advisory Council* der USA. Solcherart Einmischungen einzudämmen, ist für Russland existenziell. Wenn Putin allerdings Opponenten »Schakale« nennt, öffnet er eben genau die Schleusen, die er schließen möchte.

Kai Ehlers

Burga Kalinowski

So einfach geht das

LEA-SOPHIE IN SCHWERIN ■ *Das Kind ist tot*

Wieder eins. Und wieder eins. Und wieder eins – verhungert, verdurstet, verkommen. Das fünfjährige Mädchen Lea-Sophie aus Schwerin wog am letzten Tag seines Lebens nur noch 7.400 Gramm, es war völlig verschmutzt, hatte offene Wunden und kein Fünkchen Kraft mehr. Die Ärzte, die das Kind behandeln wollten, waren fassungslos. Noch nie hätten sie einen Menschen in einem solchen Zustand gesehen. Lea-Sophie war nicht zu retten. Jede medizinische Hilfe kam zu spät. Ganz zu schweigen von liebevoller, fürsorglicher, sozialer Zuwendung – die bekam das Kind überhaupt nicht. Jedenfalls nicht von dem Pärchen Stefan T. und Nicole G., die tatsächlich »die Eltern« genannt werden, denen das Mädchen ausgeliefert und wahrscheinlich lästig war. Da hat es eben nichts mehr zu essen gekriegt. So einfach geht das?

So einfach geht das hierzulande! Schrecken und Zorn darüber schärfen den Blick: Die Fälle – Jessica in Hamburg, ein drei Monate alter Säugling aus Iserlohn, Kevin in Bremen und nun Lea-Sophie – sind von ihren Umständen her fast identisch und reißen nicht ab. Die jungen Täter und ihre Taten signalisieren eine aufhaltsame, aber vorerst kaum aufgehaltene Zerstörung des sozialen Klimas. Das ist keine Entschuldigung. Doch wachsende Verrohung, Verwahrlosung und Menschenverachtung bei jungen Leuten werfen Fragen nach dem Zustand der Gesellschaft auf. Was ist faul im Staate Deutschland?

Ganz offensichtlich versagen die zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorgesehenen Systeme wie das Jugendamt in Schwerin und anderswo: Zu wenig Geld, zu wenig Mitarbeiter, und die sind überlastet und gestresst. Geben sich mit Auskünften zufrieden, bestehen wie im Fall Lea-Sophie nicht darauf, dass Kind zu sehen, haben weder Zeit noch Kraft nachzuforschen. Halten sich aber korrekt an die Vorschriften. Das war Anfang November. 14 Tage später war es zu spät. Die Schweriner Stadtverwaltung will nun intern ermitteln und einen Untersuchungsbericht vorlegen. Im Jahr 2006 gab es in Schwerin 133 Hinweise auf Verwahrlosung oder Misshandlung von Kindern, im ersten Halbjahr 2007 waren es bereits 85 Verdachtsfälle. Bundesweit sollen etwa 80.000 Kinder in Risikofamilien leben. Der Hungertod von Schwerin kann sich also jederzeit wiederholen. Gerade erst wurden in Berlin erneut zwei Fälle von Verwahrlosung bekannt. Zu löchrig ist das Betreuungsnetz besonders bei kleinen Kindern, die weder in einer Krippe sind noch in die Kita gehen und deren regelmäßige gesundheitliche Untersuchung – bekannt als U1 bis U12 – ebenso wie Impfungen ein freiwilliger Akt der Eltern beziehungsweise der Mütter sind.

Die Debatten über den Schutz der Kinder werden nun wieder hektisch geführt. Es geht um verpflichtende Voruntersuchungen (mit oder ohne finanzielle Sanktionen) oder mehr Hilfs- und Beratungsangebote durch freie Träger der Jugendhilfe oder intensivere Familienhilfen. Die zuständigen Politiker streiten sich wie die Kesselflicker darum, mit ihrer jeweiligen Position recht zu behalten und damit Punkte zu sammeln. Denn nächstes Jahr geht das Wählen wieder los. Irgendwie hat man das langsam satt. Auch das Geschrei darüber, dass mit Pflichtuntersuchungen unzulässig in die Privatsphäre eingegriffen würde. Lächerlich, sagen verantwortungsvolle Eltern und fühlen sich keineswegs unter Druck und Verdacht. Sie haben nichts zu verbergen. Ihren Kindern geht es gut. Aber was ist mit den anderen? Es ist Zeit, Konsequenzen aus dem Tod der kleinen Kinder zu ziehen. Die oben genannten Positionen sollten keine »Oder«-Sache sein, sondern schnellstens als Gesamtpaket beschlossen werden. Sonst geht es doch auch ziemlich flott, wie die flächendeckende Spitzelei beim Mobilfunk und bei Computerfestplatten oder die Heraufsetzung des Rentenalters zeigen. Jede Verzögerung geht zu Lasten der Kinder, ihres körperlichen und seelischen Wohls. Am Ende geht es sogar um ihr Leben. ■

Nachgefragt

Wann gibt es Öko-Autos, Frau Zahrnt?

Am 5. Dezember will das Kabinett über ein Gesetzespaket zum Klimaschutz entscheiden. So sollen Autos in der EU ab 2012 nicht mehr als 130 Gramm Kohlendioxid je Kilometer freisetzen dürfen. Reicht das?

Nein, 120 Gramm wären notwendig und das war anfangs auch das Ziel. Aber die deutschen Hersteller kaprizierten sich auf ihr spritfressendes Premiumsegment. Jetzt versuchen Daimler, BMW und Porsche durchzusetzen, dass ihre schweren Autos höheren Grenzwerten unterliegen, als die leichteren aus Frankreich und Italien. Kritisch beurteile ich aber ebenso die Pflicht, dass Biosprit mit ins Benzin gemischt werden muss: Womöglich schadet es mehr, als dass es nutzt – es gefährdet die Artenvielfalt, und die Klimabilanz ist schlecht.

Bereits 1998 hatten sich Europas Autobauer verpflichtet, die CO_2-Emissionen bis 2008 auf 140 Gramm je Kilometer zu senken. Wie ist dies unter die Räder gekommen?

Das war nur ein Ausweichmanöver. Man hat sich ausgerechnet, dass man mehr verdient, wenn man weitermacht wie bisher und die Verpflichtung ignoriert. Es drohen ja keine Strafen.

Ist die Bundeskanzlerin da erfolgreicher?

Wenn es ums Detail geht, lassen die Konzerne ihre Macht spielen: Dementsprechend fordert das künftige CDU-Programm, die Regierung solle die CO_2-Emissionen um 30 Prozent senken. Die Koalition verständigte sich aber bereits auf 40 Prozent. International mag Merkel als Klimakanzlerin glänzen, in Brüssel aber ist sie die beste Lobbyistin von VW und BMW, wo sie gegen notwendige Grenzwerte stimmen lässt, und in Berlin verhindern die Kanzlerin und die CDU ein Tempolimit.

Lobbyisten wie Ivan Hodac sagen, dass zu strenge Grenzwerte dem Klimaschutz schaden. Denn modernere Technik mache Autos teuerer und Kunden führen dann lieber länger ihren alten Wagen. Stimmt das?

Nein, denn spritsparende Modelle werden gekauft, immer öfter, und die französischen und italienischen Konzerne fahren gut mit ihren leichten Wagen. Während die Japaner in den USA gut Geld verdienen, erlebt General Motors mit seinen Limousinen ein Fiasko. Wer jetzt nicht auf sauberere Autos setzt, verspielt seine Zukunft. Zumal China schon jetzt strengere Grenzwerte als die EU hat, und Schwarzenegger die Abgasgrenzen wohl noch strikter ziehen wird.

Angelika Zahrnt ist Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland e.V. (BUND).

Gastkommentar

Mehr Aufklärung, weniger Romantik

Dem Anti-Terrorkrieg fehlt es vor allem an Verstand

Für den islamistischen Kämpfer ist der eigene Tod immer ein Sieg, der ihn zum Märtyrer erhebt. Kann dies und darf dies wirklich für den Westen bedeuten, dass wir ihn darum im Krieg töten müssen? Wie viele sind es eigentlich, wie viele werden es noch sein, die dem Ruf der Märtyrer folgen?
Wer sind »sie« überhaupt? Leider haben wir im Westen bisher kaum verstanden, dass der asymmetrische Krieg gegen den islamistischen Kämpfer nicht zu gewinnen ist – gegen Selbstmordattentäter erst recht nicht. Schauen wir nur auf Afghanistan, dann nimmt dort Huntingtons Horrorvision vom globalen *Kampf der Kulturen* immer mehr den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung an. Wie muss ein Kampf gegen den Terror aussehen, den wir auch gewinnen können, ohne uns dabei selbst zu verlieren?
Helmut Schmidt meinte jüngst in einer Rede: »Friede unter uns ist möglich, allerdings müssen wir den Frieden immer wieder aufs neue herstellen und ›stiften‹, wie Kant gesagt hat.« Es waren Aufklärer wie Kant, die uns ein Menschenbild nahe brachten, das Verantwortung für die Welt auf die Selbstverantwortung des Individuums überträgt. Seitdem wissen wir: Der Mensch ist nicht nur in der Welt, sondern auch die ganze Welt im Menschen – in jedem von uns. Ein solches Menschenbild grundiert nicht nur unser republikanisch-demokratisches Staatswesen – es prägt auch unseren Umgang mit dem Terrorismus.
Denn der Selbstmordattentäter ist dazu bereit, für die Verheißungen im Jenseits auch die ganze Welt in sich zu vernichten. Führt dies notwendigerweise zu dem Schluss, ihn seinerseits zu töten? Eine alte jüdische Weisheit besagt: »Wer auch nur ein Menschenleben rettet, der rettet die ganze Welt.« Wir sollten darin den Kern eines erfolgreichen Kampfes gegen den Terrorismus sehen und deshalb diesen Kämpfern, die bereit sind, in den Tod zu gehen, den Wert des diesseitigen Lebens vermitteln – es für sie annehmbar machen. Und da geht es tatsächlich zunächst darum, *dass wir das Leben des Selbstmordattentäters retten*. Wir gemeinsam mit den Regierungen und Menschen in der islamischen Welt.
Die negative Dialektik, die aus dem Satz: »Nie wieder Auschwitz, nie wieder Krieg«, den Satz: »Nie wieder Auschwitz, darum wieder Krieg« werden ließ, ist darum heute obsolet. Einem innerwestlichen Diskurs geschuldet, muss diese Dialektik zwangsläufig in der Begegnung mit den extremen Ausprägungen einer anderen Kultur scheitern. Mehr Aufklärung und weniger Romantik täte darum auch der politischen Linken wieder gut, mithin eine Rückkehr zur skeptizistischen Erkenntnis Kants: Moral liefert uns keine Kategorien zur Erkenntnis der wirklichen Welt, sondern bestenfalls Maximen unseres eigenen Handelns. Denn wollen wir die Welt friedlicher machen, müssen wir sie zunächst besser verstehen. Diesem »Krieg gegen den Terror« mangelt es besonders an Verstand.
Aber wie lässt sich dann Frieden in einer Welt, in der verschiedene Ansprüche und Werte so unvermittelt aufeinandertreffen, überhaupt »stiften«? Eine sehr ernste Frage. In dem Aufsatz *Der Terror ist in uns* des jüdischen Philosophen Jean-François Lyotard lautet die Antwort: den anderen als anderen anerkennen, ihn ein- und nicht ausschließen. Konkret etwa, indem wir in Afghanistan regionale Befriedungsabkommen anstreben und dabei gemeinsame Ziele definieren und nicht unsere Ziele von außen oktroyieren. Alle Kulturen kennen das Prinzip des Vertrags. Denn auch im Koran meint das Wort *miithaaq* (Vertrag) zumeist einen weltlichen Kontrakt – abgeleitet aus dem Wort *wathiqa* (Vertrauen). Solche Verträge – was sind sie sonst als ein Kompromiss und eine Anerkennung der Ansprüche des jeweils anderen?

Robert Zion
Grünen-Politiker in Nordrhein-Westfalen